Antrag 35/I/2024 FA VIII – Soziale Stadt Der Landesparteitag möge beschließen:

Empfehlung der Antragskommission Annahme (Konsens)

Berlin braucht 250.000 neue Wohnungen bis 2040 – frühzeitig Bauland mobilisieren.

- 1 Die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus und die sozial-
- 2 demokratischen Mitglieder des Senats werden aufgefor-
- 3 dert, alles dafür zu tun, dass der bis 2040 erforderliche
- 4 Wohnungsbau in Berlin durch die rechtzeitige Mobilisie-
- 5 rung von Baulandreserven ermöglicht und intensiviert
- 6 wird. Berlin muss Baupotentiale für 250.000 Wohnungen
- 7 bis 2040 sicherstellen und mobilisieren. Dazu sind un-
- 8 verzüglich vorbereitende Untersuchungen gem. Städte-
- 9 baurecht für große Flächen am Stadtrand in Pankow und
- 10 Lichtenberg einzuleiten, um Potentiale zu identifizieren
- 11 und Bodenspekulation durch bodenrechtliche Instrumen-
- 12 te des Besonderen Städtebaurechts frühzeitig vorzubeu-
- 13 gen. Entsprechende Senatsbeschlüsse sollen noch in 2024
- 14 getroffen werden.

15 16 17

18

19 20

21

22

23

24 25

26

27

28

29 30

31

Begründung

Berlin hat in den letzten 15 Jahren große Baulandreserven (Tegel/Schumacher-Quartier, Wasserstadt, Gartenfeld/Siemens-Square, Lichterfelde, Köpenick) erfolgreich mobilisiert, die für die Entwicklung Berlins und die Wohnungsversorgung unverzichtbar sind. Die teils über 20-jährige Vorbereitungs- und Planungsdauer dieser Entwicklungsprojekte zeigte aber, dass verantwortliche Zukunftsvorsorge und Baulandmobilisierung in Berlin frühzeitig eingeleitet werden müssen. Die Bewältigung der Wohnungsnot, der wirtschaftlichen und Arbeitsplatzentwicklung sowie des Bevölkerungsanstiegs stellt die Hauptstadt in den kommenden Jahren vor weitere große Herausforderungen. Berlin braucht 250.000 neue Wohnungen bis 2040, die weitgehend nicht durch Innenentwicklung und Verdichtung geschaffen werden können.

32 33

Berlin hat Baulandreserven, insbesondere weit über 1.000 34 ha im Nordosten am Stadtrand in den Bezirken Lichten-35 berg und Pankow - östlich der Bundesstraße 96a (Blan-36 kenfelde, Elisabethaue, Französisch Buchholz, Buch, Ka-37 row sowie entlang und östlich der B2 in Malchow, War-38 tenberg, Falkenberg), die teils schon vor 1989 und in den 39 90er Jahren als städtebauliche Entwicklungspotentiale identifiziert und beplant worden waren. Für diese Flä-41 42 chen sind unverzüglich vorbereitende Untersuchungen gem. BauGB/Städtebaurecht einzuleiten, um die Eignung 43 von Potentialflächen, Erschließungs- und Entwicklungs-44 stand bzw. -aufwand, Baupotentiale und baurechtliche 45 46 Instrumentarien, Verfahren) zu prüfen und konzeptionell vorzubereiten. Dies muss ressortübergreifend und quer-47 schnittsorientiert erfolgen, damit Berlin frühzeitig die Be-

- lange des Natur- und Klimaschutzes sowie die Schaffung 49 50 von sozialer und technischer Infrastruktur, Erschließungsaufwand, Mobilitätskonzepte und Kostenfragen für diese 52 riesige Herausforderung klären kann. Während die 700 ha Potentialflächen in Pankow zu zwei Dritteln Landeseigen-53 tum sind, ist es in Lichtenberg umgekehrt, überwiegend 54 sind die ca. 1000 ha hier Privateigentum. Umso wichtiger 55 56 ist die unverzügliche Einleitung städtebaurechtlicher Untersuchungen durch das Land, um Bodenspekulation vorz-57 58 beugen.
- Knappes Bauland führte in den letzten Jahren zum massiven Anstieg der Bodenpreise in Berlin. Die Grundstückskosten machen etwa ein Viertel der Wohnbaukosten aus.
 Frühzeitige und ausreichende Baulandmobilisierung kann erhebliche Kostendämpfung bewirken und einen wichtigen Beitrag zu kostengünstigerem Wohnungsbau leisten.